



**Fraktion des Rates der Stadt Bielefeld**

Turnerstraße 5 - 9, 33602 Bielefeld  
Telefon: 05 21 - 5 20 87 20  
info@cdu-fraktion-bielefeld.de



**FDP im Rat der Stadt Bielefeld**

Niederwall 25, 33602 Bielefeld  
Telefon: 0521 51 – 50 79  
rat@fdp-bielefeld.de

An den Vorsitz des Rates der Stadt Bielefeld

Herr Oberbürgermeister Clausen

Bielefeld, den 9. März 2022

**Möglicher Beitrag des AKW Grohnde zur Energiesicherheit**

Gemeinsamer Antrag der FDP und CDU zur Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld am 10.03.2022

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Clausen,  
für die o.g. Sitzung stellen wir folgenden, gemeinsamen Antrag:

1. Für den Rat der Stadt Bielefeld steht der gesellschaftliche Konsens zum grundsätzlichen Ausstieg aus der Atomenergie nicht in Frage. Die Kernenergie ist u.a. durch das Betreiberrisiko oder die nach wie vor ungelöste Endlagerfrage kein tragfähiges Konzept für die langfristige Energieerzeugung in Deutschland. Die Zukunft liegt eindeutig in der Erzeugung regenerativer Energien, deren Ausbau weiter beschleunigt werden muss.
2. Durch den russischen Angriff auf die Ukraine ist die Sicherheitslage Deutschlands durch die Bundesregierung neu zu bewerten. Der Rat der Stadt Bielefeld unterstützt alle derzeitigen und zukünftigen Anstrengungen der Bundesregierung, die Abhängigkeit Deutschlands von russischen Energieimporten zu verringern.
3. Der Rat bittet den Oberbürgermeister, dem Mitgesellschafter Preussen Elektra mitzuteilen, dass die Stadt Bielefeld eine mögliche Wiederinbetriebnahme des AKW Grohnde nicht prinzipiell ausschließt, sondern eine Bewertung einer solchen Entscheidung anhand der Kriterien technische und wirtschaftliche Sinnhaftigkeit, Versorgungssicherheit und Klimaschutz vornehmen würde.

Begründung:

*Die Abschaltung des AKW Grohnde erfolgte nicht aus technischen Gründen sondern aufgrund des politisch bestimmten Ausstiegsbeschlusses. Dieser grundsätzliche Konsens ist nach wie vor die richtige Antwort auf die Nachteile der Atomenergie. Dennoch macht die geänderte internationale Sicherheitslage eine Neubewertung der deutschen Energiepolitik und der in den letzten Jahren entwickelten Zeitplänen aus strategischen Gründen erforderlich. Eine Verzögerung des Ausstiegs aus der besonders klimaschädlichen Kohleverstromung wird ebenfalls bereits diskutiert. Die Diskussion kann durch eine Verschärfung der Sanktionen zudem jederzeit zusätzlich an Bedeutung gewinnen. Als kommunaler Anteilseigner hat Bielefeld eine besondere Verantwortung und sollte frühzeitig signalisieren, dass, wenn ein Wiederanfahren des AKW Grohnde technisch und wirtschaftlich möglich und sinnvoll ist, dies auch von der Stadt mitgetragen wird.*

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Nettelstroth  
Vorsitzender CDU-Fraktion

Jan Maik Schlifter  
Stellv. Vorsitzender FDP-Fraktion

Für die Richtigkeit  
Nicolas J. Strahlke  
Geschäftsführer FDP-Fraktion